

# Saaleische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen und Thüringen.

Jahrgang 213 für Anhalt und Thüringen. 1920 Nr. 241

**Bekanntmachung:** Die hier und auswärtsige Bezugspreise monatlich 1 Mk. 60 Pf., vierteljährlich 4 Mk. 18 Pf. 00 Ct., halbjährlich 8 Mk. 36 Pf. 00 Ct., jährlich 16 Mk. 72 Pf. 00 Ct. Die Post bezogen monatlich postal. Belegkarte.  
**Morgen-Ausgabe** Donnerstag, 10. Juni  
**Anzeigenpreis:** Die Spalte 35 mm breit, 10 mm hoch 60 Pf. Die Spalte 20 mm breit, 10 mm hoch 30 Pf. 00 Ct. Aben nach 6 Uhr. Erklärungen 50 Pf. 00 Ct.  
**Verlagsanstalt:** Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5414 und 5410. — Druckerei: Zeitungs-Druckerei 24612  
**Geschäftsstelle:** Berlin: Bernauer Str. 30. Fernruf 211 Kurparkstr. 10. 6290  
 Client Berliner Schriftsetzerei. — Verlags- und Druck-Verlag Otto Hübner, Halle-Saale

### Die neue deutschnationale Reichstagsfraktion

- Nach den letzten amtlichen Meldungen sind an deutschnationalen Abgeordneten gewählt im Reichstag:
1. **Dresden:** Landwirt Richter, Ebersbach; Gewerkschaftsvorsteher Lehrens, Berlin. (Die Reunions findet erst nach der nationalen Abstimmung statt.)
  2. **Berlin:** Regierungs- und Bauamt Laberenz, Berlin-Galerien; Stadtrat Vernt, Berlin.
  3. **Sachsen II:** Verlagsdirektor Wille, Berlin; Oberverwaltungsgerichtsrat Graf von Westarp.
  4. **Sachsen I:** Landwirt Krüger, Soppentz; Malermeister Hammer, Biehendorf.
  5. **Frankfurt a. O.:** Gangbau Ratte, Altrefeld; Seilungsbesorger Wusch, Berlin; Landgerichtsdirektor Warwitz, Borsdorf a. W.
  6. **Sachsen III:** Handwerkskammer-Vorsteher Raffewitz, Stettin; Bauernhofbesitzer Jandrey, M.-Radow; Korporations des Gemeindevorstandes der Deutscher Arbeitervereine Margarete Behm, Charlottenburg; Eisenbahnlokomotivführer Schmidt, Stettin; Rittergutsbesitzer Schimmel-pennig, Drosdow.
  7. **Mecklenburg:** Rittergutsbesitzer von Graefe, Gollbehe.
  8. **Breslau:** Hochschul-Professor Scheinart Dr. Sommer, Breslau; Eisenbahn-Redaktionschef Degler, Breslau.
  9. **Magdeburg:** Staatsminister Bergt, Berlin; Stellensbesitzer Schrote, Berlin.
  10. **Bayern:** Geh. Sanitätsrat Dr. Hartmann, Königshütte, Oberfranken. (Die Reunions findet erst nach der nationalen Abstimmung statt.)
  11. **Magdeburg:** Rittergutsbesitzer und Hofrat Schiele, Schöllne; Bienenzuchtmeister Rieseberg, Quedlinburg.
  12. **Merseburg:** Winterguldendirektor Semeter, Eilfemweg; Bergwerksdirektor Leopold, Halle a. S.
  13. **Thüringen:** Amtsgerichtsrat Graf, Eisenach; Landwirt Franke, Gr.-Vargula; Landwirt Madelberg, Schwärze.
  14. **Sachsen-Weimar:** Oberförster Dr. Oberfranken, Kiel. (Die Reunions findet erst nach der Grenzfestsetzung statt.)
  15. **Hamburg:** Vorsitzende des Verbandes Deutscher Hausfrauenvereine Frau Foh-Zich, Schwartau.
  16. **Westf.-Ostf.:** Major a. D. Henning, Osnabrück.
  17. **Oh.-Sachsen:** Leiner.
  18. **Süd-Sachsen:** Brandamweiger-Süd: Handwerkskammerleiter Dr. Wienke, Hannover.
  19. **Westfalen-Nord:** Geheimrat Finanzrat Dr. Hugenberg, Koblenz.
  20. **Westfalen-Süd:** St. D. M. m. Giegen.
  21. **Westphalen:** Staatsminister Dr. Delfferich, Berlin; Landwirt Lind, Niedersiefingheim; Arbeitersekretär Hartwig, Westf.
  22. **Sachsen-Nord:** Landwirt Dorf, Walfersheim.
  23. **Sachsen-Nord:** Früherer Landtags- und Reichstagsabgeordneter Paul Juchmann, Berlin-Wilmersdorf.
  24. **Reichens-Trier:** Leiner.
  25. **Düsseldorf-Ost:** Arbeitersekretär Koch, Oberfeld; Kaufmann und Fabrikbesitzer Wehhaus, Düsseldorf.
  26. **Düsseldorf-West:** Leiner.
  27. **Westfalen-Süd:** Staatsrat von Braun, Berlin.
  28. **Niederrhein-Oberfeld:** Leiner.
  29. **Franken:** Oekonomierat Weinböck, Stadtfeldbach.
  30. **Wolg:** Leiner.
  31. **Dresden-Sachsen:** Oberbürgermeister Dr. Reichert, Berlin; Landwirt Domsch, Gropshennersdorf.
  32. **Leipzig:** Dr. Philip, Borna; Universitätsprofessor Dr. Gocksch, Berlin.
  33. **Chemnitz-Weiden:** Väterobermeister Hener, Chemnitz; Amtsgerichtsrat Dr. Barth, Weiden.
  34. **Westfalen:** Oberrentmann (Verwalt. Beamter) Bagille, Stuttgart; Landwirt Vogt, Godesen; Schriftleiter Bäcker, Herbern; Weingärtner Haag, Weilrom.
  35. **Sachsen:** Staatsminister Dr. Düninger, Karlsruhe; Landwirt Götter, Meitzenheim.

**Reichstagsvorleser:** Verbandsvorleser Paula Müller, Hannover; Staatsminister Dr. von Delbrück, Jena; Handlungsgeschäfte Lambach, Hamburg; Rittergutsbesitzer Dr. Noeßke, Göttingen; Geh. Justizrat Dietrich, Breslau; Landgerichtsdirektor Schulz, Bromberg; Breslau; Justizdirektor van den Kerckhoff, Westert (Weid.).

### Die Beratungen der Parteien

Im Sitzungssaal der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Partei traten heute vormittag die gegenwärtig in Berlin weilenden Abgeordneten der Deutschnationalen Partei zu einer Besprechung zusammen. Eröffneten waren etwa 30 Abgeordnete. Frau Bergt, Reg.-Rat Laberenz, Frau v. D. Othen-Hammer, Margarete Behm u. a. Die Besprechung war eine informativste. Die Beschlüsse wurden nicht gefasst, da man erst die Entschlüsse der Reichspräsidenten und die Stellung der übrigen Parteien abwarten will. Es wurde betont, daß die Deutschnationale Partei sich der positiven Mitarbeit in einem Koalitionskabinett nicht auf besterter Grundbasis nicht beschließen würde: Vor-

aussetzung dafür wäre natürlich die Aufrechterhaltung der feilgestellten konstitutionalen Grundzüge.  
 Da im Laufe des morgigen Tages die außerhalb Berlins wohnenden Führer der Partei hier eingetroffen sein dürften, wird die erste offizielle Beratung im großen Kreise, wie bereits gemeldet, nicht vor morgen abends stattfinden.  
 Die in Berlin weilenden Führer der Deutschen Volkspartei hielten heute mittag gleichfalls wieder eine Besprechung ab. An der Stellungnahme der Partei hat sich nichts geändert. Von nachgehender Seite wird nochmals betont, daß beide Parteien sich der Mitarbeit nicht verpflichten werden, jedoch sind sie unter allen Umständen gewillt, an ihren Hauptprogrammen festzuhalten. Sie werden, wie hervorgehoben wird, warten, bis man sie herantritt.  
 Die Demokraten hatten gestern eine Vorberatung, die heute fortgesetzt wird. Die erste offizielle Sitzung der Reichstagsfraktion wird ebenfalls morgen stattfinden. Die Stellung der Partei ist vorläufig noch vollkommen unklar. Wie von einer führenden demokratischen Persönlichkeit des Freigenhauses berichtet wird, dürfte das Ergebnis der Reichstagswahl vorläufig ohne Einfluß auf die Zusammenfassung des preussischen Staatsministeriums bleiben.  
 Innerhalb der sozialdemokratischen Partei fanden gleichfalls Besprechungen statt, die aber unternichtlichen Charakter trugen. Die neue Reichstagsfraktion tritt erst Sonntag vormittag um 10 Uhr im Sitzungssaal des Parteivorstandes zu einer offiziellen Beratung zusammen, in der man zu der durch das Ergebnis der Wahlen neu geschaffenen Lage Stellung nehmen wird.  
 Auch das Zentrum hält in den nächsten Tagen eine Besprechung ab, wenn die auswärts wohnenden Führer der Partei in Berlin eingetroffen sein werden. Die Stellung der Parteien wird sich also, wie wir bereits andeuteten, nicht vor Anfang nächster Woche übersehen lassen.

### Die Abstimmung im Industriegebiet

Die „S. Z.“ berichtet: Das Verhältnis der Stimmen der bürgerlichen Parteien zu den Stimmen der sozialistischen Parteien ist in dem Industriegebiet 61:31, das heißt Verhältnis wie bei der Wahl zur Nationalversammlung. Dieses Verhältnis der bürgerlichen Parteien im Industriegebiet muß um je kräftiger unterzogen werden, als durch die Anwesenheit im Industriegebiet weissen im Reich die Ansicht sich festsetzte, als ob die Sozialisten im Industriegebiet eine Mehrheit hätten und eine Diktatur des Proletariats sich nur auf diese Mehrheit aufbauen könnte.

### Schwierige Regierungsbildung in Braunschweig

Die Bildung der Regierung in Braunschweig begegnet großen Schwierigkeiten. Die Unabhängigen, die mit dem Sozialistischen Parteien die Mehrheit im Landtage haben, lehnen die Regierungsbildung ab, die Beratungen mußten auf Donnerstag vertagt werden. Die Reichstagsfraktionen geben folgende Erklärung ab: Wir haben den Auftrag, für eine rein unabhängige Regierung einzutreten, der wir im Landtage alle Unterstützung zuteil werden lassen wollen, wenn sich die Regierung im Sinne einer rein sozialistischen Politik auf den Boden des Exekutiv Programms bewegt. Da aber die Unabhängigen die Bildung einer rein unabhängigen Regierung ablehnen, infolgedessen weitere Verhandlungen zur Neubildung der Regierung abzusagen sind, widersprechen wir dem Vertagungsantrag nicht.

### Gegen den nordfriesischen Vertrag

Der Provinziallandtag hat gestern folgende Entscheidung angenommen:  
 „Der Vertragsskizzen betreffend die Abtretung Nordfrieslands schafft eine sowohl aus nationalen wie wirtschaftlichen Gründen unhaltbare Grenze. Gebiete mit überwiegend deutscher Bevölkerung, so namentlich die Städte Landerndorf und Söher, werden unter krasser Missachtung des nationalen Selbstbestimmungsrechts zu Dänemark gelegt. Unter Zurückziehung engher wirtschaftlicher Zusammenhänge wird der Stadt Flensburg ihr nächstes Hinterland, insbesondere an der Flensburger inneren Bucht, genommen. Der Vertragsskizzen enthält außerdem eine Reihe von Bestimmungen, die Deutschland neu, im Verfall der Friedensvertrag nicht vorgezeichnete Lasten auferlegen. Der schleswig-holsteinische Provinziallandtag erklart in dem Vertrag eine durchaus einseitige Begünstigung Dänemarks und der dänischen Interessen und eine schamvolle Ungerechtigkeit gegen Deutschland. Die Annahme des Vertrags würde die Herbeiführung besserer nachbarlicher Beziehungen zwischen den Deutschen und den Dänen ernstlich und dauernd in Frage stellen und unangenehmes Streben nach einer Revision des Vertrages zur Folge haben. Der Provinziallandtag verlangt, daß die Reichsregierung den Vertrag unter allen Umständen ablehnt und sich zur Erfüllung der Bedingungen der alliierten und assoziierten Mächte nur insoweit bereit erklart, als sie den Bestimmungen des Versailles Friedensvertrages entsprechen.“

### Polnische Wirtschaft

Zu Ruß und Frommen aller, die eine Reise nach dem von den Polen besetzten deutschen Gebiet machen müssen, stellt uns ein deutscher Geschäftsmann, der jedoch noch dort zurückgeblieben ist, folgende Schilderung eigener Wahrnehmungen und Erlebnisse zur Verfügung, die zugleich ein anschauliches Bild der gegenwärtigen Verhältnisse in dem unglücklichen Gebiet vorstellen.  
 Eine Reise nach Ostpreußen sollte man, wenn sie nicht unbedingt nötig ist, lieber unterlassen, man erleidet nur Enttäuschungen. Einen Reiseplan von dem, mit dem wir uns schon immer unter dem Begriff „polnische Wirtschaft“ bezeichnet haben, enthält der Reisende schon auf dem sogenannten polnischen Bahnhof in Schneidemühl. Schmutz und Unordentlichkeit treten dem Ansturmung schon dort entgegen; zahllose polnische Leute, die sich auf Reisen befinden, hocken und lagern, meist in schmutzigen Lumpen gefüllt, umher. Nach 20 Minuten führt erreicht man Friedheim, die erste Station auf polnischem Gebiet. Alle Reisenden müssen dort aussteigen. Gepäckträger gibt's nicht, also schiebt jeder, was er mitgebracht hat, selbst auf den Bahnhofsplan und von da nach dem Zielort. Bei dem sehr regen Verkehr entsetzt natürlich ein wirres Gedränge und Durcheinander, und dann sehen sich tausende von Leuten in einem engen Schuppen zusammengepöckelt, der weder geheizt noch gelüftet ist. Sand und Staub wirbeln auf und es entsetzt eine Atmosphäre zum Umfommen.  
 Die Revision der Reisenden und des Reisegepäckes wird hier durch zwei Beamte in Zivil vorgenommen, und zwar sehr eingehend. Die Koffer müssen sowohl für die Grenzlinie wie für die Ausreise genau den Bestimmungen entsprechen und das Wismar der polnischen Behörden tragen, sonst ist der Reisende allen möglichen Verdächtigungen und Schikanen ausgesetzt und das Verstehe, was ihn passieren kann, ist die unangenehme Zurückweisung nach seinem Heimatort. Die polnischen Beamten, die jedoch nicht ohne weiteres über merkwürdigen Geistes, nicht vom Scheitel bis zur Sohle besittigt, Verdächtige müssen sich auch völlig entziehen. Die beiden Beamten, die die Revision vornehmen, scheinen meist nach Grundfragen zu verfahren; was ihnen gefüllt, „befragungslos“ sie, und ebenso ist es mit der Zollfunktion. Der Reisende muß wenigstens 100 bis 150 polnische Mark. Da aber selten jemand soviel polnische Geld bei sich führt, wird der Betrag in deutschem Geld abgenommen, womit man aber, da die polnische Mark gegenüber der deutschen nur den fünften Teil wert ist, den Zahlungsbetrag um das Fünffache zu hoch bezahlt.  
 Daher ist bringend zu raten, sich vor dem Überqueren der polnischen Grenze so viel als möglich polnisches Geld einzuschleppen, insbesondere auch keine Scheine, denn am allen Geldes, an denen man Zahlungen zu leisten hat, löst einem kategorisch die Erklärung entgegen, daß man kein Wechselgeld habe. Wie notwendig jene Maßnahme ist, zeigt sich sofort bei der nächsten Geldausgabe. Nach drei bis vierhundert polnischen Zentnern ist in diesem Geldschuppen geht's endlich zur Forderungsausgabe, natürlich nicht ohne weitere Überbränge, denn jeder ist bestraft, so bald als möglich aus dem unheimlichen Schuppen an die frische Luft zu kommen. Am Forderungsausgabe ist wieder großer Unordnung, da bei den unheimlichen Forderungsschuldenständen über je jenseitig als möglich in den Besitz einer Forderung gelangen möchte. Der kein polnisches Geld hat, zahlt den gleichen Betrag in deutschem Geld, also wieder das Fünffache, und zwar auch kein deutsches Kleingeld hat, legt noch mehr drauf. So kommt's oft genug vor, daß man eine Fahrt von Friedheim nach Dromberg, die zwei polnische Mark kostet, mit einem Pfennigmarktschein bezahlt, also den fünfzigfachen Betrag, weil an ein herausgeben des überhörsenden Vertrages nicht zu denken ist.  
 Die Eisenbahnverhältnisse sind überaus traurig. Einzelne Weichen dort man nicht ausfinden. Selbst auf kurze Strecken gehen den Verpöckelten von 3 bis 4 Stunden zu der Regelmäßigkeit; ein Fahrplan existiert kaum, jedenfalls wird ein solcher nicht eingehalten. Die Abfahrt der Züge ist ebenso unheimlich wie ihre Ankunft. Es kommt oft, namentlich bei den jetzigen Militärtransporten nach Rußland, oft genug vor, daß tagelang keine Personenzüge abgefahren werden. In den Eisenbahnwagen fahrt alles von Schmutz, der Gestank darin ist kaum zu ertragen; ein Weichenung wird nicht gedacht. Fensterbeschläge gibt's nicht mehr; die Fensteröffnungen sind durch Bretter zugemauert, in denen ein verdorrtes Gesicht eines Toten in den Augen liegt. Das Eisenbahnmaterial ist auch sonst in Unordnung; die Lokomotiven kriechen glückselig hinter in solcher Menge aus, daß sie zu einer direkten Gefahr für Städte und Land werden, von dem Regen sind die Kupplungen vielfach gelöst, so daß nicht gegenwärtigen Wagen angehängt werden können. Unterjocherwagen als Frauen- oder Kinderwagen sind abgeschafft.  
 Da in allen diesen Verlegenheitszustand verfallen, sind die notdies eintreffenden Reisenden gezwungen, sich einen Postkoffer ausstellen zu lassen, ohne den notdies niemand die Straße betreten darf. Dieser Koffer kostet 30 Pf.; man muß auch sonst mit allen möglichen Entsetzen leben.  
 Das Postamt verfahren die Polen besser als wir jemals bei dem Postamt verfahren haben. Selbst in den besetzten Gebieten der Braunschweig findet man noch polnische Postkoffer. Dies mußte äußerlich polnische Postkoffer annehmen. Der polnische Arbeiter findet man auf Schritt und Tritt ab, obgleich, der Ansicht der Geschäftswelt, ist in polnischen Kreisen

halten, auch die Beschäftigten in der polnischen Sprache lesen. So die Verwaltungsstellen sind, der das Amtsbüro in der polnischen Sprache anfertigen soll, denn es wird darin eine Verunglimpfung der polnischen Sprache enthält. Auf der Straße läßt man in sonst deutschen Städten kein deutsches Wort hören, nicht die Werbung und die Anpreisung müssen noch polnisch sein, auch die Beschilderung der Geschäfte, die polnisch, ebenso wie bei allen anderen Geschäften. Den bisher deutschen Notaren ist aufgegeben, bis zum 1. August die polnische Sprache zu betreiben, anderenfalls soll ihnen das Amt entzogen werden. Sämtliche Verordnungen kommen aus Warschau und sind natürlich in polnischer Sprache gehalten. Die Deutschen, die das Polnische nicht verstehen, sind ratlos, sie wissen nicht, ob sie das, was ihnen vorgelesen wird, unterschreiben können. Das Episcopat ist ebenfalls unzufrieden, die Deutschen verstehen nur noch im höchsten untersten, denn die Bischöfe können nicht lesen! Sein Wort gegen die Polen bleibt ungesprochen. Es wird alles möglich getan, um den Deutschen den Aufenthalt in Deutschland zu verleiern; die noch gebliebenen Beamten und Angehörigen läßt man auf die Straße, die dem Polnisch anderer Angehöriger selbst Deutschen, also Leute von polnischer Abstammung, von denen man annimmt, daß sie etwas germanisiert sind, werden in gleicher Weise behandelt. Kein Wunder, daß die Auswanderung sehr viel und eine erhöhte Stimmung gegen die Polen herrscht. Deutsche Denkmäler sieht man nicht mehr, sie sind beseitigt.

Wichtigste Leute polnischer oder polnischer Abstammung werden an die Stelle der Deutschen gesetzt, in den Botschaften der Schulen wie am Gericht und bei anderen Behörden, selbst auch in den höchsten Ämtern; irgendein Schloß oder Hofbesitzer führt einen verantwortungsvollen Ingenieurposten einnehmen, ohne daß er eine Ahnung von seiner Aufgabe hat.

Wegen des Krieges mit Rußland werden schon 17 bis 18-jährige junge Leute polnischer Abstammung zum Militär eingezogen. Die Besetzung der eingelegenen Mannschaften ist aber so stark, daß sie ein Mehreres der Hauptzahl eines Regimentes ausmachen könnten; trotzdem kommt es immer noch polnisch an die Stelle, die deutsche Besatzungsgeschichte ihre Ehre nach Deutschland, um sie dem Militär zu entziehen.

Überhaupt das polnische Militär! Es besteht daraus aus verbliebenen Offizieren in allen möglichen Uniformen, darunter auch deutschen. Und dann ist es ein wahres Märgelgeld von Kongreganten, Priestern und allen möglichen sonstigen Stämmenangehörigen. Auf unvorstellbare Aussehen beliebig jeden Ordnungswesen; aber den Straßen sind sie ungeniert und jagen sich die Würde ab.

Das Geschäftsbüro liegt völlig darnieder; selbst die größten Geschäftsbüros sind leer bis auf die Bretter, sogar großräumige Geschäfte sind geschlossen, auf längere Zeit wegen Warenmangel zu schließen. Geschäftsmittel wie z. B. Bismarck, sind kaum aufzutreiben, für eine solche kann man alles mögliche erziehen. Die Preise sind unerschwinglich; eine Semmel kostet 80 Hsa, ein Pfund Rindfleisch 12 M., Zucker 25 M., Kaffee 50 M., ein Reintonnen milderwertiger Qualität 60 bis 70 M. Das polnische Geld selbst eben noch fächerlos als das deutsche in Umlauf, und bei der Haltung der polnischen Regierung haben deutsche Geschäftleute keine Lust, mit polnischen Geschäften abzuhandeln. Die Geschäftsleute werden für Deutschland, wie man allgemein fändlich ist, noch fächerlos werden, die noch größeren Wirtschaften werden auch hier bald erstickt werden. Bei diesem Durcheinander ist man natürlich auch keine Lebensmittel heraus. Jeder Reisende darf höchstens zwei Hund Lebensmittel, Futter überbringen, selbst bei der Ausreise mitnehmen, was darüber ist, wird beschlagnahmt.

Um diese Verhältnisse zu beschreiben, werden natürlich durch polnische Blätter unmaßvolle Gerüchte über die deutschen Verhältnisse verbreitet, die noch weit ungünstiger dargestellt werden, als sie wirklich sind. Überhaupt beträgt man die Einmüdigkeit des Landes in jeder Weise. So werden den dort wohnenden deutschen Besatzungen, denen die Besatzungen von der deutschen Regierung in keiner anderen Richtung gefehlt werden, bewußt, indem man in deutschen Blättern in polnischer Sprache ausposaunt, die wie schon gesagt, nur den fächerlos sein wert ist. Hier sollte die Regierung andere Wege betreten, um den Deutschen wirklich das Zusammen zu lassen, was ihnen gebührt.

## Bis in das Elend.

(Nachdruck verboten.)

Ein Kampf um das Deutsche.

Von Max Kreuz-Galle.

Warer Matias jedoch erhob sich, nahm das Wort und sprach also:

„Ich wüßte es, liebe Brüder, daß ihr jene Erlasse in keiner anderen Weise bemerkt haben, als wie ihr es loben getan hat. Denn wenn es irgend jemandem unter euch noch unklar war, was man gegen uns plant, — diese Erlasse haben den Vorhang von allem Feindsichem, das uns droht, und sie sehen uns, daß unsere Vernichtung beschlossen ist. Aber noch, so meine ich, sind wir Manns genug, den Angriff abzuwehren! Wir geben keine Antwort auf das selbstmörderische Aninnen, das man uns stellt; wir reizen die Schuldlosen noch heute nieder, künftigen dem Lehrer Bagby die Wohnung, vernichten der fremden Kinderbücher morgen an den Büchlein in unser Dorf, vernichten unsere Stühle für den ungarischen Gottesdienst und vernichten dem fremden Geistlichen weder Unterstufn noch Verpflegung. Lieber Brüder, das ist ungarisch leben!“

Ein Stich brannte durch die Versammlung.

„Lieber Bruder, das ist ungarisch leben!“ schallte dem Barrer die Antwort entgegen.

Er aber sprach weiter:

„Es ist kein Zweifel mehr, liebe Brüder, sie wollen uns an unser Deutschland mehr, als wir selbst, denn es ist das letzte, was wir haben — ihm laßt uns treu bleiben in der gewissen Gerechtigkeit, daß uns solche Xreue gelohnt werden wird. Und dürfen wir hier nicht mehr deutsch sein: die Welt ist groß, laßt uns ruhigen Gemüßens, wenn auch schweren Herzens und tränenvollen Auges, die Schritte aufgeben, zu unsrer Vater malten, und die sie zu hoher Vater brachten. Hier unten Rußland in Waldbauen wollen wir nicht gleich werden, die ihr Völkchen obersten und in treu bleiben in der Gerechtigkeit und ungarische Würdlichkeit mit Völkchen unter ihren Gering halten. Deutsch sein, liebe Brüder, die Väter waren — das wollen wir sein, wenn es sein muß, bis in die Fremde — bis in das Elend!“

Und mochte nun den Sörern der mittelhochdeutsche Sinn des Wortes „Elend“, d. h. die Fremde, das Ausland,

## Gefährdung der Abstimmung durch die Polen

b. Wien, 9. Juni.

Wohlgelohene übereinstimmenden ungarischen Redungen aus Polen plant die polnische Regierung eine neue Einleitung des gesamtösterreichischen Reichstages für die Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli, eine Maßregel, die mit militärischen Notwendigkeiten begründet werden soll.

Wie die „Telegraphen-Union“ hierzu erklärt, liegen auch bei den amtlichen Stellen in Berlin gleichlautende Meldungen vor. Eine Verlesermeinung, die sich auch auf den polnischen Korridor erstrecken würde, müßte eine Verschönerung des auf den 11. Juli angelegten Abkommensplan zu Gunsten der Polen bedeuten, ein Ziel, auf das die Polen fast langsam mit aller Kraft hinstreuen.

## Belgien erhält die Monshauer Bahn

b. Haag, 9. Juni.

Aus Brüssel wird gemeldet: Die Kommission der Obersten Rates, welche die Frage der Eisenbahn von Monshau unterhandelt, hat jetzt endgültig den Beschluß gefaßt, diese Eisenbahn Belgien anzugliedern.

Die belgische Regierung teilt mit, daß sie die dem Reichspostministerium vorgelegene Wiederaufnahme des Postverkehrs zwischen Deutschland und den Kreisen Cuxentambuch beifällig abgelehnt hat. Damit ist den Belohnern der beiden Kreise auch weiterhin die Möglichkeit genommen, die engere Führung mit ihrer Heimat aufrechtzuerhalten.

## General Perking Präsidentschaftskandidat

b. Wars, 9. Juni.

Nach Meldungen aus Washington wird das Gerücht verbreitet, General Perking habe die Wäpfit, seine Kandidatur für die Präsidentschaft aufzugeben.

General Perking hat den Kriegssekretär Baker um Erlaubnis gebeten, sich auf einige Monate von der Armee zu entlassen, um für eine andere Beschäftigung verfügbar zu sein.

## Temps und Times

(Eigene Drahtmeldung der „D.S.“)

b. Paris, 9. Juni.

Dem „Temps“ wird aus London gemeldet, die „Times“ erfährt von der Anwesenheit einer belgischen Delegation, die nach London gekommen war, aber bereits nach Deutschland zurückgekehrt ist. Sie hatte einige Konferenzen mit den englischen Ernährungsministern, die ebenso wie der Aufenthalt der Kommission hier geheim gehalten wurden. Man kennt die Gründe für die Geheimhaltung nicht. Der „Times“ zufolge haben sich die belgischen Delegierten an die englische Regierung mit dem Ersuchen gewandt, unerschöpflich Nahrungsmitteleinlagen zur Verfügung stellen, die notwendig sind, um die jetzigen Notationen in Deutschland auszuheilen zu können. Der belgische Lebensmitteldelegation wurde geteilt, daß Deutschland bereits 120 Millionen in Materialien und anderen Sachen bezahlt habe. Er verlangte von der englischen Regierung die Anerkennung dieser Zahlung und die Befreiung der notwendigen Rohstoffe, insbesondere Weizen, Getreide und Rohöl. Die Kommission forderte außerdem, daß Deutschland gestattet werde, einige Schiffe, die nach dem Friedensvertrag an die Alliierten abgeliefert werden sollen, zu behalten. Deutschland befragte sich darüber, daß ihm zu wenig Schiffe blieben.

## Zur Reichsschul-Konferenz

Geht uns aus unserem Referate folgende Aufschrift zu:

Die Reichsschul-Konferenz, die den Plan der gewaltigen Schulreform einweisen soll, die Deutschland je erlebt hat, wird sich auch mit zwei Problemen auseinandersetzen haben, deren Lösung nicht ohne Eltern und Lehrer angeht, sondern alle Kreise unseres Volkes.

Das erste stellt die Frage: Bist es eine noch wertvolle Bildung ohne umfangreiche fremdsprachliche Kenntnisse?

In der bisherigen Schulen sind aufgeführt auf dem Gedanken, daß die Beförderung mehrerer fremden Sprachen das wichtigste Merkmal der Bildung sei; dabei soll hier die Muttersprache der Sprachen von ungenügender Bedeutung bleiben. Bis in welche Reihe, nicht nur in welche Reihe unserer Lehrerbücher, ist jetzt der Gebrauch gekommen, daß eine kollektive Bildung ohne Beförderung der Fremdsprachen möglich ist, wenn das

besamt sein, oder modifizieren sie den Ausdruck natürlich nehmen und das Deutsche bis zu einer bitteren Not darunter verstehen, ist wohl es in dieser Stunde nicht, aber das weiß ich, daß mein Herz aufschloß, als dem Barrer der einstimmige Ruf antwortete:

„Deutsch bis in das Elend!“

Diesen selben Ruf hatte ich schon einmal in meinem Leben gehört, damals, als die deutsche Sache in meiner schicksalvollsten Seimel im Jahre 1850 rettungslos verloren schien. Da waren vier alle, die wir für das Deutsche gekämpft und gelitten hatten, in aller Stille in Kiel zusammengelassen, hatten beteten, was jetzt zu tun sei, und einer von uns, der später in die preussische Armee trat und seinen Sturm beim Sturm auf Düssel mit dem Tode befeuerte, hatte das Wort gesprochen, das mir noch heute in der Seele nachhallt:

„Von allen Seiten schmählich im Stich gelassen, vom deutschen Bunde verraten, von Preußen aufgegeben, bleibt uns jetzt nur eines zu tun übrig: großer zu sein als alle jene Kleinmütigen und deutsch zu bleiben bis in das Elend!“

Und jauchzend war ihm die Antwort entgegengehallt:

„Deutsch bis in das Elend!“

Und nun hörte ich das mächtige, das ergreifende Wort hier zum zweitenmal, und gerade wie damals lag ich in aller Augen den Sankten bligen, der mir verriet, daß, wenn die Stunde kam, dieses Wort zur Wahrheit werden würde.

Im Norminal fand die Sitzung statt und hat gewährt bis in den Nachmittag hinein. Dann hat man sofort die Schulfrage niedrigeren, ungeachtet des Professes Stephan Endorfer, so daß jetzt jede Spur von ihr verschwunden ist; Martin Velt hat dem ungarischen Lehrer Wohnung und Verpflegung gesündigt, und Heiner hat durch bereitete Einboten in allen umliegenden Ortschaften bekannt machen lassen, daß die Gemeinde Weidenburg seine fremden Kinder mehr aufnehmen, und daß solche, die etwa dennoch morgen oder irgendwann zuhause würden, am Fortsetzung jurisdiktiven werden müßten.

So haben wir denn den Rufeln überschritten, mit der Unvollständigkeit Götters, es auf den Kampf ankommen zu lassen. Ob wir aber auch das Glück des großen Himmels mit uns tragen, das weiß nur Gott allein.

Winn ausgeglichen wird durch ein Plus an Kenntnissen und Fertigkeiten anderer für die allgemeine Bildung notwendige Dinge.

Das zweite Problem ist die Frage der künftigen Lehrerbildung. Soll der Lehrer in Zukunft zum Wissenschaftler oder zum wissenschaftlichen Methodiker herangebildet werden? Es liegt eine Unvollkommenheit in unserem bisherigen Bildungswesen, sobald man nicht die Fachwissenschaft in Frage stellt, sondern die Art, wie sie zu lehren und ältere Schüler heranzubilden wird. Ein Teil der Lehrerbildung fußt auf dem System der Fachwissenschaft und betrachtet die Methode als etwas Nebenwichtiges. Für diesen Teil ist auszulagern allem der Ruf der Wissenschaft. Ein vieldeutiger anderer Teil der Lehrerbildung orientiert seine Methode allein an der Sache des Kindes und den reinen Zweck der Unterrichtsvermittlung. Er tut häufig der Wissenschaft Raum an, um mindeln will er der Eigenart und Struktur der Fachwissenschaft nicht gerecht. Beide Wege haben sich als unzureichend erwiesen. Die Methode eines Kindes muß orientiert sein sowohl an der Entfaltung und Eigenart des Kindes, als an Eigenart und Aufbau der Fachwissenschaft. Was uns fehlt, ist eine wissenschaftlich orientierte Methode. Dementsprechend müssen die Lehrer der Zukunft mehr zum Wissenschaftler allein, noch zum Methodiker allein, sondern zum wissenschaftlichen Methodiker werden. Es kommt nun an der Fortbildung, wobei die Berufsbildung aller Lehrer in Zukunft eine solche Ausbildung sein muß. Da aber die Universität in ihrer jetzigen Gestalt sehr wohl Wissenschaftler, aber nicht wissenschaftlichen Methodiker zu bilden kann, so müssen wir uns nach anderen Wegen nach entscheiden müssen, für die Lehrerbildung Hochschulen analog den technischen Hochschulen zu schaffen.

Die vom 11. bis 13. Juni tagende Reichsschulkonferenz wird nach den Vorstellungen der ersten Tage die Hauptarbeit in den 17 Interkursstunden leisten. Diese Ausschüsse sind folgendermaßen eingeteilt:

Interieur: im vorrusspflichtigen Alter; Schulbau; und Einheitsstudien; Berufs- und Fachstudien; Postfachschule; Arbeitsunterricht; Schloßergewerbe; Handwerkerlehre; Schule; Elternarbeit; technische Vereinfachung des Schulwesens; Beseitigung des öffentlichen Schulwesens; Kreisbildung; Auslandsschulen; Jugendwohlfahrt.

Den zur Reichsschulkonferenz einberufenen Vertretern wird vom Reichstag des Jahres 1913 bis zum 30. Juni 800 Mark zu den Unkosten der Reise und der ersten Tage und folgenden Verhandlungen zugesandt. Dieser völlig unzureichende Zuschuß wird zu einem Einspruch aller auf der Reichsschulkonferenz vertretenen Nahrungsmittel führen, der, wie wir hören, gleich zu Beginn der Konferenz vorgebracht werden soll. Es ist zu erwarten, daß das Reich nachträglich einen noch viel größeren Zuschuß bewilligen wird, um die Reichsschulkonferenz einen erheblich größeren Zuschuß bewilligen.

## Ein Ultimatum der Erzbergergruppe

b. Stuttgart, 9. Juni.

In der Stuttgarter Zentrumspartei gab der Wortführer folgende Erklärung zur Frage Erzberger ab: Nachdem die Führer sich für Erzberger entschieden hätten, dürfte nicht mehr gegen ihn und gegen die Erzberger, die sich für die Erzberger und sich zu lösen. Man dürfe der Stuttgarter Zentrumspartei nicht vorzürken, wenn sie ihr Vertrauen schenken sollte. Es sei unbedenklich. Wenn sie Erzberger wählten, dann ist der Fall erledigt, das muß die Fraktion ihr aufnehmen.

## Der „großmächtige“ Erzberger

b. Pader, 9. Juni.

Erzberger wird alsbald nach der Reichsschulkonferenz sein Mandat niedergelegen, falls seinem Eintritt in die Zentrumspartei erhebliche Schwierigkeiten bereitet würden, es sei Parteimitgliedschaft vorzuziehen und sollte nicht großen beiseite stellen.

Wir geben diese Meldung mit Vorbehalt wieder.

## Unterdrückung eines Beifriedwilligen.

In den Regierungen Generalreferenten waren zum Schutze des Württembergischen Beifriedwilligenunternehmens noch Schützlinge bestellt worden. Von ihnen sollen nach Angaben der hochmilitärischen Presse einige Personen verbannt und erschossen worden sein. Die unter der Hand der Unabhängigen und Volkstümlichen heftende Württembergische Regierung hat eine Unterdrückung gegen die Beifriedwilligenunternehmer angedroht und 14 Angehörige verbannt wegen Verfehlungswidrigkeit und Verstoßes unter Anklage verurteilt.

90. Juni 1896.

Ein stiller Zug ist heute in unser Dorf eingedrungen; die Frauen sind mit dem verbumdenen Pöbel von Wien zurückgekommen. Ich war ihnen auf dem Wunsch des Pfarrers den Antisemitischen Gesellschaften, zur Wohnstation entgegengefahren.

Aber ich erforscht bis ins innerste Herz, als ich sie sah — Sedwig und Bofol. Sie totenblühend, und er mit eingefallenen, hageren Wangen, wachschleidenen Bügen und jenen unheimlichen, lobenden Feuer im Auge, das am besten den Verfall der Erbschaftlichen Straße bezeugt. Auf einer Höhe wurde er aus dem Zuge herausgehoben; er erkannte mich sofort, und das alte, freundliche Gähnen wollte über sein Gesicht huschen. Aber es gelang ihm nicht; nur wie ein verirrter Sonnenstrahl im November über die sterbende Stadt gitterte, damit man das große Erdenstück erst recht erkennen möge, so erschien mir das leise Jucken, das über sein Antlitz flog. Wo war die Fülle, die Frische, die Jugendkraft hin, die er befehlen?

Ich riefte ihm die Hand. „Willkommen, Herr Bofol, bei uns, wo Ihnen treu Herzen entgegenhängen!“

Er bewegte sich zum Dank und sprach:

„Ich weiß es!“ flüsterte er. „Und darum tom ich! Denn ich habe niemand mehr, seit meine Mutter tot ist, wo ich mein Haupt in Frieden niederlegen könnte.“

Dann schloß er mir die Augen, und wir fuhren langsam heim. Der ganze Tag über bis in die späte Nacht hinein fand wir gefahren, und ich frönte wiederholt, so wie nicht höher unterworfen in einem Wirtshaus übernatürlich nicht. Bofol aber mehrte jedesmal an.

„Nein, nein, es geht Ihnen! Ich habe ja keinen größeren Wunsch, als am Ziele zu sein!“

So fuhren wir weiter. Sedwig aber gab sich neben der Bahre, die wir im Wagen frei aufgehängt hatten, sich trauernd bald auf den Verbumdenen, bald auf ihre Mutter, bald auf mich, als wolle sie aus unser aller Bügen die Antwort herauslesen, nach der der Herz verlangt.

Aber ich! Ich glaube, diese Antwort wird ihr niemand geben können.

(Fortsetzung folgt.)



